

auch mit den bescheidenen Mitteln, die dem Reich zur Verfügung stehen, die Provinz in die Möglichkeit zu versetzen, aus ihrer Notlage herauszukommen.

Ostpreußen wird nie aufgegeben.

Der Reichskanzler führte nunmehr aus, wir wissen, daß eine gewisse Notwendigkeit in Folge von Verlautbarungen jenseits der Grenze in den vergangenen Monaten in Ostpreußen eingetreten ist. Wir sind der Ansicht, daß ein Grund für eine solche Notwendigkeit nicht vorhanden ist, wenn wir gemeinsam — Reichs- und Staatsregierung — alle Kräfte daransetzen, um zunächst einmal wirtschaftlich die eiternde Wunde im Osten zu schließen. Das andere kommt und muß kommen. Denn es gibt eine Gerechtigkeit. Es ist gefordert worden, daß nicht nur harte Worte gemacht werden, sondern auch harte Taten entstehen mögen. Ich möchte deshalb in dieser Beziehung keine harten Worte reden, sondern mich darauf beschränken, was ich eben gesagt habe. Den Wohlwollenden und Einsichtigen ist absolut klar, was ich damit gemeint habe. Es gibt nur eines für uns, klar zu sehen, frei von Illusionen zu sein und uns auf die Lebensmöglichkeiten zurückzuführen, die uns zurzeit gegeben sind, und mit dem Vorhandenen auszukommen.

Sie haben uns Worte der Kritik ausgesprochen. Sie haben Forderungen aufgestellt. Ich begrüße das. Wir können Kritik sehr wohl vertragen. Aber um eines bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß die Provinz Ostpreußen ihren ganzen Einfluß, ihre ganze politische Macht frei vom Extremen und Abenteuerlichen hält. Ich verweise auf die Person des hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, der diese Reise mit warmem Herzen verfolgt. Er ist uns ein Muster an Pflichterfüllung auch in der schwersten Zeit und wenn es ihm am wenigsten gedankt wird. Sie können versichert sein, daß Ostpreußen niemals vom Reich ausgegeben wird.

Oberpräsident Siehr sprach sodann die Erwartung aus, daß es ihm gelingen würde, die Einigkeit zwischen den verschiedenen Volksschichten in Ostpreußen herbeizuführen zum Wohle der Provinz.

Brüning in Tilsit.

Kommunistische Demonstrationen am Bahnhof. Der Reichskanzler traf in seinem Sonderzuge in Tilsit ein. Auf dem Bahnhofsvorplatz hatte sich eine große Menschenmenge angeammelt, die den Kanzler mit den Rufen: „Nieder, nieder mit der Hungerdiktatur“ und dem Abhängen der Internationalen begrüßte. Ein Demonstrationszug, der vor das Rathaus zu ziehen versuchte, wurde von der Polizei mit dem Gummihüpfel auseinandergetrieben.

Im Rathaus nahm zunächst der Regierungspräsident Rosenkranz, Gumbinnen, das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Er wies dabei auf das deutsche Land jenseits der Memel hin. Mögen übermächtige Feinde es uns entrissen haben, es bleibe als deutsches Kulturland doch mit uns schicksalsverbunden. Oberbürgermeister Selge führte aus, zu den allgemeinen Kriegs- und Nachkriegsfolgen habe der Krieg für Tilsit noch ganz besondere Verhältnisse geschaffen, die es in besonders schwere Bedrängnis gebracht hätten. Der Bürgermeister wies vor allem auf den Niederrud der Tilsiter Holzindustrie hin.

Der Vertreter des Reichsländwirtschaftsverbandes führte aus, wie der Landwirtschaft mit ihrer überwiegenden Viehzucht das außerordentliche

Abgleiten der Preise für Wollereiprodukte hauptsächlich auch für Tilsiter Käse zum Verhängnis geworden sei. Auf diesem Gebiet hätten die Volkshilfsmaßnahmen vollkommen versagt.

Reichskanzler Brüning

danke dafür, daß ihm Gelegenheit gegeben sei, mit den verschiedensten Berufsständen in Führung zu kommen. Sie haben, so sagte er, ein Recht, Ihre Wünsche auszusprechen und Kritik zu üben. Darauf legen wir Wert. Es seien erfolgreiche Anleihenverhandlungen mit dem Ausland aufgenommen worden, die aber nach dem Ausfall der Wahl vom 14. September gescheitert seien.

Treviranus über die Zinsenfertigung.

Für Umschuldungshypotheken in Ostpreußen. Kurz vor der Abfahrt des Sonderzuges mit Reichskanzler Brüning habe Reichsminister Treviranus erklärt, bei alten Umschuldungshypotheken aus den Jahren 1928 und 1929 sei eine Senkung auf 5 Prozent vorgesehen, während sie sich bei den erstellten Hypotheken nicht ermöglichen ließe. Zu der Frage nach der Möglichkeit einer allgemeinen Zinsensenkung wies der Minister auf die Zweischneidigkeit einer solchen Maßnahme gegenüber den ostpreussischen Städten hin, da ja doch auf Grund der allgemeinen Steuern die Reichsbankverweisungen an die Städte erfolgten.

Schmeling verliert seinen Titel.

Die Newporter Boxkommission hat Schmeling des Weltmeisterschaftstitels für verlustig erklärt, nachdem Jacobs sich weigerte, den Titelkampf seines Schütlings gegen Charley im nächsten Juni ohne vorherige Ausscheidungskämpfe anzunehmen.

Schmeling will in Chicago kämpfen.

New York, 7. Januar. Wie zu erwarten war, kündigte Jacobs nach Bekanntwerden des Beschlusses der Newporter Boxkommission an, daß er bereit sei, Schmeling im kommenden Juni in Chicago gegen Ströbling antreten zu lassen. Der Chicagoer Interkommer hat für diesen Kampf 2 Millionen Mark angeboten.

Kleine Nachrichten

Eisenbahnunglück bei Gleiwitz. — Vierzehn Verletzte. Gleiwitz. Der Schnellzug Berlin — Reichen krieg bei der Ausfahrt aus dem Gleiwitzer Bahnhof mit dem einfahrenden Personenzug Reichen — Gleiwitz zusammen. Trotzdem die Fahrgastverbindungen der beiden Züge verhältnismäßig gering war, war der Zusammenstoß außerordentlich heftig. Die beiden Lokomotiven wurden schwer beschädigt. Die des Schnellzuges ist umgeworfen worden, ein Lokomotivbedienter und drei Reisende erlitten Verletzungen. Lebensgefahr besteht, soweit sich bisher übersehen läßt, bei keinem der Verunglückten. Die Reisenden sind in der Hauptsache durch Glasplitter verletzt worden. Ärzte und Rettungsmannschaften waren bald nach dem Unglück zur Stelle. Ein Teil der Verletzten konnte bereits entlassen werden. Nur

wenige, darunter der Lokomotivbedienter, wurden ins Krankenhaus überführt. Der Eisenbahnverkehr erleidet durch den Unfall eine empfindliche Störung, da insgesamt drei Gleise gesperrt sind.

Schwerer Sturm im Schwarzen Meer.

Moskau. Im Schwarzen Meer herrscht harter Sturm. Die Schiffsverbindungen zwischen der Türkei und Rußland sind völlig unterbrochen. Die Dampfer „Lentini“ und „Gordjew“ haben Schiffsbruch erlitten und sind mit schweren Beschädigungen nach Sebastopol eingebracht worden.

Die sächsische Regierung rechtfertigt sich.

Antwort auf die nationalsozialistischen Angriffe.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Das Organ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei „Der Freiheitskampf“ greift in seiner Ausgabe vom 5. Januar unter der Spitzmarke „Sächsische Regierungskampagne“ die gegenwärtige sächsische Regierung wegen ihrer personalpolitischen Haltung an. Die Regierung glaubt demgegenüber für sich in Anspruch nehmen zu können, daß sie sich auch bei der Personalpolitik lediglich von ihren sachlichen Erwägungen und von dem Bestreben hat leiten lassen, jedem Beamten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß sie insbesondere, wenn ein Posten zu besetzen war, nur das eine Ziel gehabt hat, dafür den sachlich geeigneten Mann auszuwählen. Die in dem Artikel aufgestellte Behauptung, daß beabsichtigt wäre, den Gerichtspräsidenten von Chemnitz in das Justizministerium zu berufen, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Wer Präsident der Landesversicherungsanstalt beim Freiwalden dieses Postens werden soll, ist überhaupt noch nicht erwogen worden, geschweige denn, daß dafür bereits eine bestimmte Persönlichkeit in Aussicht genommen worden wäre. Damit fallen alle Behauptungen oder Vermutungen des Artikels in sich zusammen. Auch kann die beruhigende Mitteilung gemacht werden, daß der ins Ministerium des Innern versetzte Regierungsrat Dr. Richter mit dem Minister des Innern weder verwandt ist noch in irgend welchen anderen persönlichen Beziehungen zu ihm steht.

Acht Monate sächsischer Staatshaushalt.

Nach dem Monatsausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Sachsen für den Monat November des Rechnungsjahres 1930 beliefen sich die Einnahmen für diesen Monat auf 27.647.000 Mark, die Ausgaben auf 31.353.000 Mark, so daß sich für den Monat November eine Mehrausgabe von 3.706.000 Mark herausstellte. In den ersten acht Monaten des laufenden Rechnungsjahres betrugen die Einnahmen 249.772.000 Mark, die Ausgaben 270.162.000 Mark, so daß sich am Ende des Monats November eine Mehrausgabe von 20.390.000 Mark ergibt. (Der Rechnungsabluß für Ende Oktober verzeichnete eine Mehrausgabe von 16.684.000 Mark.) Der außerordentliche Haushaltsplan verzeichnete in den Monaten April bis November Ausgaben in Höhe von 19.103.000 Mark, weist also eine Steigerung von 2.086.000 Mark gegenüber des Vormonats auf.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 7. Januar 1931.

Neckblatt für den 9. Januar.

Sonnenaufgang	8 ²³	Mondaufgang	22 ²²
Sonnenuntergang	16 ²¹	Monduntergang	10 ²²

1908: Der Maler und Dichter Wilhelm Busch gest.

Wilsdruff, am 7. Januar 1931.

Grippe.
Ein ungeliebter, nicht gern gesehener, aber immer wiederkehrender Wintergast, die Grippe, ist wieder da. Nicht allerorts in deutschen Landen zeigt sie sich, aber doch an vielen Orten, und es ist nur gut, daß sie diesmal nicht in scharfer oder gar in schärfster Form aufzutreten scheint. Also große Vorsorgnisse braucht man also nicht zu äußern, aber damit ist natürlich nicht gesagt, daß man überhaupt keine Vorsichtmaßnahmen hegen, daß man sozusagen die Grippe ruhig an sich heranreifen lassen soll. Die Mediziner betonen immer wieder und betonen mit gutem Recht, daß bei Krankheiten, die epidemisch auftreten, die Prophylaxe die Vorbeugung, das wichtigste ist. Nun wird ja bestimmt niemand, und mag er sich noch so häufig von der Außenwelt abschließen, möge er sich auch zu Hause noch so sehr in acht nehmen, einen Krankheitsausbruch unter allen Umständen verhindern können, aber befehlen bleibt trotzdem für einen jeden von uns die Pflicht, alles zu vermeiden, was den Besuch der Grippe geradezu provozieren könnte. Es ist eine Pflicht der Selbstverhaltung und es ist auch eine Pflicht, die man gegen die andern hat, denn die Grippe ist eben eine Sache, die man sehr leicht auch auf diese anderen übertragen kann. Wie man sich in Fällen einer Grippeerkrankung verhalten sollte und vorbeugend zu verhalten hat darüber werden am besten die Ärzte Auskunft geben können und im übrigen sind wir ja von früheren Epidemien her gut geschult, so daß wir mindestens wissen können, was wir nicht zu tun haben. Sträflicher Leichtsinn ist es, sich leicht in jede Gefahr zu begeben, nach dem Grundsatz: „Mir kann nichts geschehen!“ Es kann nämlich jedem etwas geschehen, und keiner ist so abgehärtet, daß er gegen jede Ansteckungsgefahr gesichert wäre. Es ist vor allem zu bedenken, daß gerade solche Wintererkrankungen, wie wir sie gegenwärtig haben — nicht Fleis und nicht Pflanz, nicht warm und nicht kalt — der Ausbreitung der Grippe besonders förderlich zu sein pflegt. Lassen wir es also noch einmal zusammen: Wir brauchen nicht bänglich zu zagen und in jedem Schnupfen, in jedem Hustenreiz gleich eine hereinbrechende Grippe zu vermuten, aber wir dürfen andererseits die Grippebakterien nicht ganz unbeachtet lassen — heute kommt es an diesen, morgen an jenen!

Warnung. Seit längerer Zeit veruchen hier wie anderorts unbekannt Firmen ihre Waren, meistens Sprechapparate und Radiogeräte, durch Preisauschreiben an den Mann zu bringen. Manche „Gläubige“ schicken die Lösung ein. Schon nach kurzer Zeit erhalten sie die Mitteilung, daß sie richtig, sie Gewinner eines der mitgenannten Artikels seien; sie werden aufgefordert, innerhalb von acht Tagen für Verpackungskosten, Bahnspenden usw. sieben bis zehn Mark einzulösen, um bald in Besitz des herrlichen Wertstückes zu sein. Abermals gelockt, schicken nicht nur Kinder, sondern auch große „Dumme“ die paar Mark ein. Es verlohnt wiederum eine Zeit und nochmals läßt ein Schreiben ein, das zum großen Erfolg beglückwünscht und auffordert, lediglich noch zitta zwanzig Mark für die unbedingt zum Sprechapparat gehörenden ausgeführten modernen Musikstücke zu zahlen. „Sollten Sie gewillt sein, dieses Meisterwerk mit allem Zubehör

Ihr Eigen nennen zu dürfen, dann antworten Sie sofort und per Bahn nachnahme geht es Ihnen zu!“ Verschiedene „Sieger“ sind dem Schreiber bekannt; er kennt ihre Enttäuschung beim Öffnen der Sendung, ihre Schmerzen, ihre leeren Taschen. Allen Russfreunden kann man nur raten, im neuen Jahr von ehrlichen, tüchtigen Handelsteilnehmern sich bedienen zu lassen.

Fremdenverkehr in Wilsdruff. Im Jahre 1930 übernachteten in den hier zur Übernachtung berechtigten Gasthäusern insgesamt 4516 Personen (1929: 3387). Diese verteilen sich: Gasthof zum goldenen Löwen 225 (1929: 191), Gasthof zum weißen Adler 325 (267), Gasthof zur guten Quelle 168 (123), Fremdenhof Stadt Dresden 85 (95) und Parkhänke (Fremdenverkehr mit Obdachlosen 3713 (2711). Von den in der Parkhänke übernachteten Fremden waren 2825 (1822) Obdachlose.

Ferienheim im Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen. Nach dem amtlichen Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand von Ferienheimen in Sachsen am 31. Dezember 1930 waren in der Amtshauptmannschaft Meißen zu verzeichnen: Ritzband in 1 Gem., 1 Geh.; Maul- und Klauenseuche in 26 Gem., 73 Geh.; ansteckende Blutarmerie der Einbeiner in 2 Gem., 3 Geh.; Weizenkrankheit der Pferde in 1 Gem., 1 Geh.; Weizenkrankheit in 1 Gem., 1 Geh.

Graf Ludner wieder genesen. Das Befinden des Grafen Ludner, der am 15. Dezember bei einem Autounfall in der Nähe von Bauslogan (Altmühl) ernstlich verletzt wurde, hat sich soweit gebessert, daß er jetzt mit der Bahn die Reise nach Reuport antreten konnte. Zu der Fahrt wurde ihm der Salonwagen des Präsidenten der Pennsylvaniam-Eisenbahngesellschaft zur Verfügung gestellt.

Fällige Steuern. Wie das Finanzamt im amtlichen Teile der gestrigen Nummer bekanntgibt, sind bis zum bzw. am 10. Januar die vierteljährlichen Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer-Vorauszahlungen, sowie der zweite Teilbetrag Einkommensteuernzuschlag 1929, Reichsbilsteuern der Aufsichtsratsmitglieder sowie die erste Bürgersteuer fällig. Wir weisen die Steuerpflichtigen auf dieser Stelle besonders auf die Bekanntmachung hin.

Stundung der Einkommensteuer-Vorauszahlungen am 10. Januar 1931. Am 10. Januar 1931 sind für das letzte Vierteljahr 1930 auf die Einkommensteuer Vorauszahlungen zu leisten (Landwirtschaft ausgenommen). Diese Vorauszahlungen betragen ein Viertel der zuletzt festgestellten Einkommensteuerschuld. Da für das Kalenderjahr 1930 und für die in der zweiten Hälfte dieses Kalenderjahres endenden Wirtschaftsjahre die Einkommensteuer-Voranlagen erst in diesem Frühjahr erfolgen, richten sich die Vorauszahlungen nach der im Steuerbescheid für 1929 (für die in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1930 endenden Wirtschaftsjahre nach der im Steuerbescheid für 1929/30) festgesetzten Steuerschuld, und dies solange weiter (10. April, 10. Juli und 10. Okt.), bis ein neuer Steuerbescheid zugestellt ist. Die Einkommensergebnisse für 1930 werden infolge der schlechten Wirtschaftslage häufig ungünstiger sein als die für 1929. Es empfiehlt sich daher, in solchen Fällen zu prüfen, ob nicht ein Stundungsantrag für die jetzt fälligen Vorauszahlungen in Frage kommt. Das Einkommensteuergesetz gibt in Paragraph 100 dem Steuerpflichtigen ein Recht, Stundung von Vorauszahlungen zu beantragen, wenn er glaubhaft nachweist, daß sich sein Einkommen für einen Steuerabschnitt (= Wirtschaftsjahr oder Geschäftsjahr) gegenüber dem zuletzt festgestellten Einkommen voraussichtlich um mehr als den fünften Teil, mindestens aber um 1000 Mark niedriger berechnen wird. Auf Antrag ist ihm der auf den höchstzulässigen Betrag der Einkommensteuer-Verminderung entfallende Teil der Vorauszahlungen zu stunden. Weiter können nach Paragraph 105 der Reichsabgabenordnung Zahlungen von Steuern gestundet werden, wenn ihre Einziehung mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden wäre und die Steuerforderung durch die Stundung nicht gefährdet wird. Liegen also die Voraussetzungen des Paragraphen 100 des Einkommensteuergesetzes nicht vor, so kann immerhin eine Stundung nach Paragraph 105 der Reichsabgabenordnung erfolgen.

Steuererleichterung für Kriegsbeschädigte. Das Sächsische Innenministerium hat jedoch in Anlehnung an einen Erlass des Reichsministers der Finanzen die Zulassung der Stundung der Grunderwerbssteuer für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern verfügt. Voraussetzung dafür ist, daß durch eine Beschädigung der Versorgungsbehörde nachgewiesen wird, daß die Verschädigten für die Gewährung einer Kapitalabfindung zum Erwerb eines Grundstückes vorliegen, die Kapitalabfindung aber nicht gezahlt werden kann, weil zur Zeit nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. In solchen Fällen wird die Grunderwerbssteuer nebst Zuschlägen vorläufig zinslos gestundet und eine entsprechende Beschleunigung darüber erteilt.

Anfrage bei den Rundfunkteilnehmern über die Art der benötigten Rundfunkempfangsgeräte. Die Deutsche Reichspost wird Anfang Januar 1931 bei allen Rundfunkteilnehmern in Deutschland eine Umfrage veranstalten über die Art der von ihnen benötigten Rundfunkempfangsgeräte. Ueber den Zweck dieser Umfrage teilt uns die Deutsche Reichspost folgendes mit: „Genauere Unterlagen darüber, wie sich die Rundfunkteilnehmer auf Detektor- und Röhrenempfänger verteilen, liegen bisher nicht vor. Mit Rücksicht auf den Ausbau des deutschen Rundfunknetzes ist es für die Deutsche Reichspost aber unbedingt notwendig zu wissen, mit welchen Empfangsgeräten der Rundfunk abgehört wird. Auch ist die Rundfunkindustrie und der Rundfunk für die Durchführung planmäßiger abwärtsgerichteter Maßnahmen darauf angewiesen, einen Überblick zu erhalten, welche Arten von Rundfunkempfangsgeräten sich in Deutschland im Gebrauch befinden, da die vorhandenen Produktionsstatistiken hierüber keinen Aufschluß geben. Die Umfrage bei den Rundfunkteilnehmern soll dazu dienen, über die von den Rundfunkteilnehmern benutzten Empfangsgeräte zuverlässige Zahlen zu gewinnen.“ Zur Erreichung dieses Zieles wird allen Rundfunkteilnehmern dringend empfohlen, die von den Postämtern erteilten Fragekarten ausgefüllt zurückzugeben.

Samenprüfung im Januar. Der Gartenfreund muß jetzt schon wieder an die Aussaat denken. Nur wenige Wochen noch, und das erste Ausläsen beginnt von neuem. Großer Ärger und auch materieller Verlust kann es zur Folge haben, wenn der Samen überhaupt nicht oder nur in einer unzureichenden Menge ausgeht. Wer noch Samen von vergangenen Jahre hat oder auch wer sich im vergangenen Herbst selbst Samen gezogen hat, dem ist zu empfehlen, daß er zunächst einmal eine Vorprüfung über die Keimfähigkeit vornimmt. Das macht keine großen Mühen. Man nimmt von jeder Samenart eine bestimmte Anzahl Körner heraus, pflanzt diese, natürlich jede Art getrennt, in Blumen-töpfe ein, die in ein warmes Zimmer gestellt werden. So wird schon nach kurzer Zeit zu erkennen sein, ob es sich lohnt, den Samen auszusäen oder ob man sich doch nicht lieber anderen besorgen soll. Viel unpraktischer ist es, erst bei der Aussaat zu sehen, was vom Samen ausgeht und wie hoch die Keimfähigkeit ist.

Ueber 2000 Wandlerheine in Sachsen. Die Einrichtung der Wandlerheine für Arbeitslose ist in Sachsen nach den vorliegenden Berichten sehr stark in Anspruch genommen worden. Im Sommerhalbjahr 1930 wurden 2005 Wandlerheine ausgegeben